

## Informationsveranstaltung Bezirk Hamburg-Nord

Planung der Errichtung eines Standortes zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Ohkamp

Mittwoch, 22. März, 18.00 bis 19.50 Uhr

Im Gemeindesaal St. Lukas Kirchengemeinde zu Hamburg-Fuhlsbüttel  
Hummelsbütteler Kirchenweg 3

Gesprächsleitung: Susanne Otto, stv. Fachamtsleitung im Fachamt Sozialraummanagement  
im Bezirksamt Hamburg-Nord

Information durch:

- Frank Burmester, Sozialbehörde
- Gabi Kaiser, Sozialbehörde
- Yvonne Scharfenberg, Sozialbehörde
- Karoline Schmitt, Fördern & Wohnen AöR
- Kirsten Fuhrmann, BSB Schulaufsicht
- Jochen Kriens, Kassenärztliche Vereinigung Hamburg

Protokoll: Sina Rohlwing, TOLLERORT entwickeln & beteiligen

### Begrüßung und Einleitung

Frau Otto begrüßt die rund 50 Teilnehmenden und erläutert den Grund der Einladung zu dieser Informationsveranstaltung. **Anlass** ist die **Einrichtung eines Standortes zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) im Ohkamp** auf dem Grundstück angrenzend an die Unterkunft mit Perspektive Wohnen (UPW) in der Flughafenstraße 64-82.

Vor diesem Hintergrund lässt die Freie und Hansestadt Hamburg neben **dem Grundstück des Standortes der Unterkunft mit Perspektive Wohnen (UPW)** einen neuen Standort mit rund 228 Plätzen errichten. Der Standort bleibt voraussichtlich bis Ende Mai 2028 bestehen.

Themen dieser Informationsveranstaltung sind:

1. Aktuellen Zahlen, Zugangssituation und Unterbringungsbedarf
2. Vorstellung des Standortes
3. Betrieb des Standortes
4. Integration in den Sozialraum
  - 4.1. Kita
  - 4.2. Schule
  - 4.3. Gesundheit
5. Ehrenamtliches Engagement
6. Sonstiges

Die Präsentation der Sozialbehörde liegt dem Protokoll an.

## 1. Aktuellen Zahlen, Zugangssituation und Unterbringungsbedarf

Frau Kaiser unterrichtet zunächst zur aktuellen Lage (Folien 3 bis 9).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Aufgrund kontinuierlich steigender Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Deutschland und Hamburg wurden bereits in den letzten Monaten gesamtstädtisch diverse Anstrengungen unternommen, um weitere und auch kurzfristig verfügbare Kapazitäten in Hamburg zu akquirieren und für die jeweiligen Zwecke nutzbar zu machen. Während der gesamte Unterbringungsbedarf in den Erstaufnahmen und der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in Hamburg seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 / 2016 leicht rückläufig war, wurden bereits seit Mitte 2021 wieder deutlich steigende Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Hamburg verzeichnet.

Grund für die steigenden Zugangszahlen seit Mai 2021 waren bisher insbesondere die Situation in Afghanistan, die Sekundärmigration aus Griechenland und der weiterhin bestehende Druck auf den Hauptmigrationsrouten. Durch den unvorhersehbaren Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 hat sich die ohnehin angespannte Situation nochmals verschärft. 2022 kam es zu einem enormen Anstieg der Zuzugszahlen Asyl- und Schutzsuchender in Hamburg. Obwohl diese zuletzt leicht rückläufig waren, wird nicht mit einer Entspannung der Situation gerechnet.

Um auf die nach wie vor dynamische Entwicklung der Fluchtbewegung aus dem ukrainischen Kriegsgebiet vorbereitet zu sein, werden daher derzeit in der gesamten Stadt zusätzliche Standorte zur Unterbringung von Geflüchteten geprüft und bestehende Kapazitäten ausgebaut. Diese Herausforderung wird insofern verstärkt, als dass aufgrund der Abbauverpflichtungen diverser Bürgervertragsstandorte sowie nicht verlängerbarer Mietverträge (z. B. aufgrund anstehender Wohnungsbauvorhaben) Unterbringungsplätze in den nächsten Jahren verloren gehen werden. Es ist daher nicht nur erforderlich neue Wohnunterkünfte zu planen, sondern auch bestehende, aufgrund der vertraglichen Vereinbarung zu schließenden Standorte nach Möglichkeit zu verlängern bzw. zu erweitern. Die Sozialbehörde ist dazu seit mehreren Monaten mit den Bezirksämtern sowie den örtlichen Bürgervertragsinitiativen im Gespräch.

Nachstehende Folie fasst die derzeitige Situation zusammen:

### Maßnahmen

- ✓ **Prüfung + Ausbau** von Unterbringungsplätzen in der gesamten Stadt.
- ✓ Gleichzeitig Verlust von Plätzen durch **Abbauverpflichtungen** sowie nicht verlängerbare Mietverträge (z.B. wegen Wohnungsbauvorhaben).
- ✓ **Verlängerung + Erweiterung** von **Standorten** zwecks **Erhaltung** und Ausbau der **Kapazitäten**.
- ✓ **Realisierung der Reserveplanung** in allen Bezirken.
- ✓ **Aufbau von Interims- und Notfallstandorten**.
- ✓ **Vermittlung in Wohnraum**.

### Ausblick

- Die für 2023 erwartete Zuwanderung wird die Stadt auch in **2023/2024** vor erhebliche Anstrengungen stellen.
- Unter Betrachtung verschiedener Zugangsszenarien stellt sich Hamburg auf die Schaffung von **mindestens 10.000 neuen Unterbringungsplätzen** ein.
- **Die weitere Flächen- und Standortentwicklung haben absolute Priorität.**
- Zudem haben wir die **Aufgabe**, die Plätze der **Notunterbringung** (zurzeit rd. 2.800) **zu ersetzen** durch örU oder Interimsstandorte.

**Frage:** Warum werden die Bewohner\*innen-Zahlen des bereits bestehenden Standortes Flughafenstraße 64-82 (Unterkunft mit Perspektive Wohnen – UPW) und der dort neu entstehenden öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) nicht addiert? Dieser Standort wird zukünftig mit rund 800 Plätzen sehr groß sein. Dieses ist bei der getrennten Darstellung nicht ersichtlich.

**Antwort Frau Otto:** Es ist klar, dass dort ein Standort mit rund 800 Plätzen entsteht. Es handelt sich um zwei verschiedene Unterkunftsarten: Unterkunft mit Perspektive Wohnen und öffentlich-rechtliche Unterbringung – daher die getrennte Darstellung. Der UPW-Standort läuft insgesamt sehr gut.

## 2. Vorstellung des Standortes

Frau Schmitt erläutert die Entwurfsplanung des örU-Standortes und der einzelnen Containergebäude (Folien 10 bis 16).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Auf dem Grundstück westlich der UPW entstehen drei Modulhäuser mit insgesamt 228 Plätzen. Der nördliche Bau „Gebäude A“ wird dreistöckig, die Gebäude B und C werden jeweils zweistöckig. Auf den Freiflächen zwischen den Gebäuden werden Spielmöglichkeiten aufgebaut und Sitzmöglichkeiten eingerichtet.

Die Containermodule sind von sehr guter Qualität. In den Eingangsbereichen der Erd- und Obergeschosse befinden sich gemeinsam zu nutzende Wasch- und Toilettenräume und Küchen, im Erdgeschoss ein Raum mit Waschmaschinen und Trocknern. Im anschließenden Bereich liegen die Schlafräume mit jeweils zwei Betten pro Zimmer. Einzelne Zimmer können durch Zwischentüren miteinander verbunden werden, so, dass zum Beispiel Familien zusammengelegte Räume als Einheit nutzen können. Anders, als in einer UPW, in der abgeschlossene Wohneinheiten mit Küche und Bad zur Verfügung stehen, handelt es sich bei dieser örU um eine Gemeinschaftsunterbringung, in der Sanitärbereiche und Küchen gemeinsam genutzt werden. (vgl. auch Folie 19)

Bei dem Austauschtreffen des Beirats Ohkamp am 11. Oktober 2022 wurde der Wunsch nach ausreichend Gemeinschaftsflächen geäußert. Diesem Wunsch kommt Fördern & Wohnen entgegen: Im Erdgeschoss des Gebäudes B sind anstelle von Schlafräumen Gemeinschaftsräume vorgesehen. Die Büroräume der örU werden voraussichtlich in der benachbarten UPW untergebracht – dort befinden sich bereits die UPW-Büroräume, so dass Synergieeffekte genutzt werden können. Die ursprünglich in der örU hierfür vorgesehenen Räume könnten stattdessen zum Beispiel für ein Kinderbetreuungsangebot genutzt werden.

Insgesamt schreitet der Bau gut voran, so dass die Inbetriebnahme Mitte / Ende Mai erfolgen kann. Die Laufzeit des Standortes ist voraussichtlich bis Mai 2028.

**Frage:** Was kostet der Bau der örU?

**Antwort Frau Schmitt:** Informationen zu den Kosten werden nachgereicht.

*Nachtrag: Aufgrund dessen, dass es sich bei diesem Standort um eine kurzfristig zu realisierende, noch nicht abgeschlossene Maßnahme handelt und aufgrund der Preissteigerungen im Baugewerbe ist es derzeit noch nicht möglich, abschließende Aussagen über die Kosten zu tätigen.*

### 3. Betrieb des Standortes

Frau Schmitt gibt Informationen zum Leben in der örU und der Arbeit des Fördern & Wohnen-Teams. (Folien 17 bis 22).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

In den Gemeinschaftsunterkünften der örU werden geflüchtete und wohnungslose Menschen untergebracht, die zwar eigene Schlafbereiche haben (zwei Personen pro Zimmer), sich aber Küchen- und Sanitärbereiche teilen. Die Gemeinschaftsunterkünfte und die örU insgesamt ist somit als ein „Zuhause auf Zeit“ angelegt und nicht mit einer Mietwohnung vergleichbar. Das Zusammenleben wird durch eine Hausordnung geregelt – Menschen, die wiederholt gegen die Hausordnung verstoßen, werden in eine andere Unterkunft verlegt.

Vor Ort erfahren die Bewohner\*innen Unterstützung durch ein Team von Fördern & Wohnen bestehend aus der Teamleitung, dem Unterkunfts- und Sozialmanagement sowie dem Technischen Dienst. Das Unterkunfts- und Sozialmanagement ist auch zuständig für die Krisenintervention und kann im Falle von Fragen und Problemen auch von Menschen aus der Nachbarschaft angesprochen werden.

**Frage:** Wie wird die Unterbringung belegt, welche Menschen werden dort einziehen?

**Antwort Frau Schmitt:** Es entsteht ein gemischter Standort für Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten. Auch wohnungslose Deutsche können dort untergebracht werden. Mit Blick auf die sehr hohe Auslastung der bestehenden Standorte und den hohen Zugangszahlen muss Fördern & Wohnen zurzeit von Tag zu Tag agieren – daher steht noch nicht fest, welche Personen genau im Mai in die Unterkunft einziehen werden. Ziel ist eine gemischte, gute Belegung und eine bunte Vielfalt. Die Belegung wird der in der benachbarten UPW ähneln. Auch Familien können an dem Standort untergebracht werden – darum sind auch Räume mit Zwischentüren vorgesehen. Es entsteht kein Standort ausschließlich alleinstehender Männer.

**Hinweis:** Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass in der ehemaligen Unterkunft in der Flughafenstraße ebenfalls wohnungslose Menschen (z. T. auch Deutsche) untergebracht waren. Hier habe es erhebliche Spannungen und auch viele Polizeieinsätze gegeben.

**Antwort Frau Schmitt:** Dieses ist bekannt. Damals war die bauliche Umsetzung deutlich schlechter als an dem neu geplanten Standort. Auch wurden dort viele alleinstehende Männer untergebracht. Mittlerweile gibt es deutlich bessere Standards und zusätzlich ist eine durchmischtere Belegung geplant.

**Hinweis:** Ein Teilnehmer ergänzt, dass es auch mit der UPW anfangs Probleme gab. Diese konnten aber schnell geklärt werden. Nun läuft der Standort gut – trotzdem bestehen aber Bedenken mit Blick auf die Vergrößerung des Standortes. Ein weiterer Teilnehmer berichtet von seinen sehr positiven Erfahrungen, die er im Laufe seines ehrenamtlichen Engagements in unterschiedlichen Unterkünften gesammelt hat. Er freut sich auf die neuen Bewohner\*innen.

**Antwort Frau Schmitt:** Es wird sicherlich einige Startschwierigkeiten geben. Gerade im Sommer ist z. B. Lärm häufig ein Thema. Hierfür gibt es ein Lärminterventionsteam, das im Falle von Problemen unterstützend eingreift. Am Standort kommt auf 80 Bewohner\*innen ein Unterkunfts- und Sozialmanager – es gibt bereits erfahrenes Personal vor Ort, das helfen kann.

Zurzeit gibt es kaum Standorte, die für den Bau einer Unterkunft in Frage kommen. Die zur Verfügung stehenden Flächen müssen genutzt werden. Eine Unterbringung von Menschen in Hallen muss dringend vermieden werden.

#### 4.1 Integration in den Sozialraum – Kita

Frau Scharfenberg gibt Informationen zur Kindertagesbetreuung. (Folie 24).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Die umliegenden Kitas werden über die neue Unterbringung informiert worden. Die Erfahrung hat gezeigt dass Kitas grundsätzlich Offenheit bekunden weitere Kinder auch aus Unterkünften aufzunehmen. Die Bewohner\*innen werden über das System der Kindertagesbetreuung informiert und erhalten Unterstützung bei der Antragstellung für einen Kita-Gutschein und der Platzsuche.

#### 4.2 Integration in den Sozialraum – Schule

Frau Fuhrmann informiert zum Thema Schule. (Folien 25 bis 29).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Auch geflüchtete und neu zugewanderte Kinder und Jugendliche sind schulpflichtig – die Einhaltung der Schulpflicht wird geprüft. Ziel, ist, dass die Kinder und Jugendlichen schnell integriert werden. Die Schüler\*innen kommen zunächst in eine Basis- oder eine Internationale Vorbereitungsklasse an einer allgemeinbildenden Schule bzw. in eine Ausbildungsvorbereitung für Migrant\*innen oder eine Alphaklasse an einer beruflichen Schule. In den Klassen lernen unterschiedliche Nationalitäten gemeinsam. Dieses kann zurzeit allerdings nicht immer gewährleistet werden, da einen großer Teil der neuen Schüler\*innen aus der Ukraine geflüchtet ist. Trotz aller räumlichen und personellen Herausforderungen läuft die Integration an den Schulen insgesamt gut, was in großen Teilen auch an dem großen Engagement und der Kompetenz des Schulpersonals liegt.

Mit Blick auf die entstehende örU wird davon ausgegangen, dass 15-20 % der dort Einziehenden Kinder und Jugendliche sein werden – dieses entspricht 41 Personen. In den umliegenden Grundschulen gibt es bereits internationale Vorbereitungsklassen, so dass die Versorgung sichergestellt werden kann.

**Frage:** Werden Männer mit Suchtproblemen, die ggf. in der neuen Unterbringung wohnen auch zum Thema Schule beraten oder zu der Möglichkeit einen Schulabschluss zu erwerben?

**Antwort Frau Fuhrmann:** Diese Zielgruppe wird nicht im Regelsystem der Grund- und Weiterführenden Schulen versorgt.

Frau Otto ergänzt, dass es vor Ort auch Angebote geben wird, die an entsprechende Beratungsangebote, z. B. der Bundesagentur für Arbeit, vermittelt. Das Team von Fördern & Wohnen wird vor Ort bei Bedarf ebenfalls auf unterschiedliche Möglichkeiten hinweisen.

#### 4.3. Integration in den Sozialraum – Gesundheit

Herr Burmester und Herr Kriens berichten zum Thema Gesundheitsversorgung. (Folien 30 und 31).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Personen, die in der FHH in Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, bereits anerkannten Flüchtlingen oder Spätaussied-

lern untergebracht sind, verfügen über eine Absicherung im Krankheitsfall und haben grundsätzlich Zugang zur Versorgung über das Regelsystem. Die hohe Zahl an Zuzügen stellen auch das Gesundheitssystem vor Herausforderungen. Vor dem Hintergrund, dass es zumindest anfänglich einige Hürden bei der praktischen Inanspruchnahme des Regelversorgungssystems gibt (z. B. wegen Unklarheiten in Bezug auf den Versichertenstatus, wenig Erfahrung in der Nutzung des deutschen Gesundheitssystems, Sprachbarrieren, schlechte Terminverfügbarkeit, erschwelter Zugang durch Fahrtwege oder unzureichende Anbindung an den ÖPNV) sind eine Reihe des Regelsystem unterstützender Maßnahmen ergriffen worden. So gibt es in Gemeinschaftsunterkünften eine basismedizinische Versorgung für unmittelbare Bedarfe. Ziel ist es aber, die Menschen möglichst zügig in das Regelsystem der Gesundheitsversorgung zu überführen.

Die medizinische Erstuntersuchung im Rahmen der Registrierung im Ankunftszentrum umfasst die Untersuchung auf übertragbare Krankheiten einschließlich einer Röntgenaufnahme der Atmungsorgane. Für alle Schutzsuchenden, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, wird außerdem bei der Erstuntersuchung ein Tuberkulose-Screening durchgeführt. Sollte ein solches Screening nicht stattgefunden haben, werden die Personen in den Unterkünften aufgefordert, sich zum Screening im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Gesundheit, Tuberkulosebekämpfung vorzustellen. Impfangebote gibt es im Ankunftszentrum im Rahmen der Erstuntersuchung sowie in den Gemeinschaftsunterkünften über mobile Teams. Des Weiteren gibt es umfangreiche Beratungs- und Informationsangebote, u. a. über Flyer, Informationsmaterial im Internet sowie Aufklärung über Gesundheitsthemen durch das Projekt „Mit Migranten für Migranten“ (MiMi) in den Unterkünften.

**Frage:** Es gibt in Hamburg weder mehr Ärzte oder weiteres medizinisches Personal noch mehr Krankenhäuser. Wie soll der wachsende Zulauf bewältigt werden?

**Antwort Herr Kriens:** Mit Blick auf die (fach-)ärztliche Versorgung ist Hamburg eine der bestversorgten Regionen Deutschlands. Geflüchtete werden über die vertragsärztliche Versorgung versorgt. Es wird davon ausgegangen, dass Geflüchtete gut und ausreichend medizinisch versorgt werden können. Unterstützung bei der Terminvereinbarung bietet die Terminservicestelle (Tel.: 116 117). Hier werden z. B. Facharzttermine innerhalb von vier Wochen vermittelt.

**Hinweis:** Es besteht der Eindruck, dass eine gute Versorgung nur statistisch gewährleistet ist, die Realität sehe anders aus.

**Antwort Herr Kriens:** Es bestehen Probleme bei der kinderärztlichen Versorgung, ansonsten sind keine Versorgungsprobleme bekannt.

**Frage:** Wie steht es um die psychologische Versorgung? Wie können Geflüchtete mit psychischen Problemen Hilfe bekommen – vor allem auch dann, wenn sie sich (noch) nicht bewusst sind, dass sie Hilfe benötigen oder eine Hemmschwelle besteht, Hilfe anzunehmen?

**Antwort Herr Kriens:** Mit Blick auf die psychologische Versorgung bestehen Wartezeiten trotz der guten Versorgungslage. Dieses ist nur zu lösen, wenn mehr Therapeuten in das Versorgungssystem aufgenommen werden. Dieses ist aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Lage nicht möglich.

**Frage:** Gibt es eine psychologische Betreuung in den Unterkünften, so dass ggf. auch Menschen, die sich nicht aktiv um Hilfe kümmern (können), Unterstützung erhalten?

**Antwort Frau Otto:** Nein, es gibt keine psychotherapeutische Versorgung in den Unterkünften. Trauma-psychologische Unterstützung wird aber z. B. über das städtische Projekt centra oder auch in der Flüchtlingsambulanz des UKE koordiniert.

## 5. Ehrenamtliches Engagement

Frau Remek und Frau Shokhumorova berichten zu den Möglichkeiten sich ehrenamtlich zu engagieren. (Folien 33 und 34).

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 21.03.2023:

Über 1.700 Ehrenamtliche unterstützen mit unterschiedlichsten Angeboten Menschen in Einrichtungen von Fördern & Wohnen. Die Freiwilligen bilden mit ihrem Engagement eine Brücke für die Integration in die Gesellschaft. Fördern & Wohnen ist hierbei ein Engagement auf Augenhöhe wichtig.

Der Bezirk unterstützt die ehrenamtliche Arbeit durch den Ehrenamtsfonds für die Umsetzung von Projekten und informiert interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Runde Tische oder über den Verteiler RT Ohkamp.

Für die Aufnahme in den Verteiler senden Sie bitte eine Mail an das Funktionspostfach: [Sozialraummanagement@Hamburg-Nord.Hamburg.de](mailto:Sozialraummanagement@Hamburg-Nord.Hamburg.de) Betreff: RTOhkamp

**Hinweis:** Es wird darum gebeten, Informationen breiter zu streuen, insbesondere auch in Richtung Norden.

**Antwort Frau Otto:** Alle Interessierten können sich über die genannte E-Mail-Adresse in den Verteiler eintragen. Es besteht hierdurch keine Verpflichtung zum Engagement oder der Teilnahme an einem Runden Tisch.

## 6. Sonstiges

Im Anschluss an die Information haben die Teilnehmenden abschließend noch einmal Gelegenheit Rückfragen zu stellen.

**Frage:** Mit Blick auf die geplante Aufnahme auch von obdachlosen bzw. wohnungslosen Menschen werden Bedenken geäußert. An anderen Standorten gab es große Schwierigkeiten im Zusammenleben und mit der Nachbarschaft. Es wird darum gebeten sich insbesondere in den ersten Wochen auch dieser Klientel aufmerksam zu widmen – nicht nur den Geflüchteten.

**Antwort Frau Otto:** Insbesondere Alkoholismus ist vor allem ein soziales Problem, nicht eines von Obdachlosen. Sollte es Probleme geben, kann das Unterkunftsmanagement kontaktiert werden. In dringenden Fällen kann selbstverständlich auch die Polizei gerufen werden. Diese wurde bereits einbezogen und ist sensibilisiert. Außerdem wird es auch Beratungsangebote geben. Personen, die sich wiederholt nicht an die Regeln halten, können aus der Unterkunft verwiesen werden. Die jetzigen, neuen Standards sind deutlich besser als die der ehemaligen Unterkunft Flughafenstraße.

**Antwort Frau Schmitt:** Viele Menschen haben ein festes Bild von Wohnungslosen: der männliche Trinker. Es ist ratsam, sich von dieser Vorstellung zu lösen. Dieses spiegelt aber bei weitem nicht alle wohnungslosen Menschen wider. Der neue Standort wird keine Männerobdachlosen-Unterkunft. Es wird auf eine gute, verträgliche Durchmischung geachtet.

**Frage:** Ein Teilnehmer vermisst den Blick auf den direkt benachbarten Stadtteil Hummelsbüttel und verweist auf die gute Arbeit der Interessengemeinschaft um den Lentersweg IGL e. V. Mit ihren Angeboten erreicht die IGL viele Bewohner\*innen der Unterkunft und stößt dabei an ihre Kapazitätsgrenzen. Er bittet um kontinuierliche Unterstützung der IGL.

**Antwort Frau Otto:** Die IGL liegt im benachbarten Bezirk Wandsbek, wird aber trotzdem auch vom Bezirk Hamburg-Nord unterstützt. Dieser finanziert über den Quartiersfonds eine Stelle. Diese ist für ein Jahr befristet, da es sich hierbei um den vorgegebenen Zuwendungszeitraum handelt. Zum Ablauf des Jahres muss für das Folgejahr ein neuer Zuwendungsantrag gestellt werden. Solange die Unterkunft besteht, wird dieser Antrag für die Stelle bei der IGL nicht abgelehnt werden, so dass die IGL von einer mittel- bis langfristigen Unterstützung ausgehen kann. Der 1. Runde Tisch wird zudem bei der IGL stattfinden und auch der bislang durch das Quartiersmanagement betreute Beirat ist nun bei der IGL angedockt.

**Hinweis:** Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass es in der Unterkunft nicht nur Angebote Ehrenamtlicher gibt, sondern auch ein großes Angebot freier Träger (z. B. basis & woge, Internationaler Bund).

Frau Otto bedankt sich im Namen aller Referenten herzlich für die Teilnahme, die zahlreichen Fragen und konstruktiven Hinweise. Die Präsentation liegt diesem Protokoll an und ist veröffentlicht auf der Seite des Bezirksamts Hamburg-Nord (<https://www.hamburg.de/hamburg-nord/16946118/ohkamp>) sowie der Seite [www.gemeinsam-in-fuhlsbuettel-nord.de](http://www.gemeinsam-in-fuhlsbuettel-nord.de).

**Protokoll:** Sina Rohlwing, TOLLERORT entwickeln & beteiligen, in Abstimmung mit der Sozialbehörde, dem Bezirksamt Hamburg-Nord und Fördern & Wohnen AöR

**Veranstalter:**

Bezirksamt Hamburg-Nord

**Organisation & Dokumentation:**

TOLLERORT entwickeln & beteiligen

mone böcker & anette quast gbr

Palmaille 96 | 22767 Hamburg

Kontakt: Sina Rohlwing | Tel.: 040 3861 5595

E-Mail: [ohkamp@tollerort-hamburg.de](mailto:ohkamp@tollerort-hamburg.de) | [www.gemeinsam-in-fuhlsbuettel-nord.de](http://www.gemeinsam-in-fuhlsbuettel-nord.de)